

Ralf Altenhof

Umgang mit der NPD

Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Nomos, Baden-Baden 2007, 426 Seiten, 49,00 Euro.

**Fabian Virchow/
Christian Dornbusch (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, Wochenschau Verlag, Schwalbach 2008, 335 Seiten, 24,80 Euro.**

Es war eine Sensation, als die NPD 2004 mit 9,2 Prozent in den Sächsischen Landtag einzog – nur 0,6 Prozent hinter der Volkspartei SPD. Zwei Jahre später überwand die Rechtsextremisten bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern erneut die Fünfprozenthürde (7,3 Prozent). Die NPD konnte damit an ihre Erfolge Ende der Sechzigerjahre anknüpfen, als sie in sieben Landtagen vertreten war. Dabei dürfte es die Partei eigent-

lich gar nicht mehr geben. Jedenfalls wollten Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat die NPD 2001 vom Bundesverfassungsgericht verbieten lassen. Die Karlsruher Richter machten der Politik indes einen Strich durch die Rechnung und stellten das Verfahren wegen der V-Leute-Affäre 2003 ein. Aus dem „Aufstand der Anständigen“, den Kanzler Schröder gefordert hatte, war ein „Aufstand der Unfähigen“ geworden, wie ein Kommentator damals schrieb.

Zweigesichtige NPD

Jetzt liegen zwei Sammelbände über die NPD vor, deren Herangehensweise sehr unterschiedlich ist. Im Buch von Uwe Backes und Henrik Steglich steht die Frage nach den Erfolgsbedingungen der NPD im Mittelpunkt. Dabei führen die Autoren dem Leser die zwei Gesichter der NPD vor Augen. Einerseits hat die Partei unter dem seit 1996 amtierenden Parteivorsitzenden Udo Voigt einen Radikalisierungsprozess

in Richtung Neonationalsozialismus vollzogen. Andererseits ist ein solches ideologisches Profil hinderlich für den Aufstieg einer Rechtsaußenpartei. Die Erfolge der NPD in Sachsen und in Mecklenburg-Vorpommern waren demnach nur möglich, „weil sie in den Wahlkämpfen ihre Nähe zum Nationalsozialismus verschleierte“, argumentieren die Herausgeber. Tatsächlich trat die NPD bei den Landtagswahlen nicht als rassistische Anti-System-Partei auf, sondern gerierte sich als kapitalismus- und globalisierungskritisches soziales Gewissen.

Der Band beleuchtet ein breites thematisches Spektrum; Ideologie und Strategien der NPD werden ebenso unter die Lupe genommen wie die Rahmenbedingungen und die Interaktionen mit dem Umfeld. Während Steglich die Bedeutung der Wahlkampfthemen untersucht, widmet sich Lazaros Miliopoulos dem strategischen Potenzial der Partei. Zwei Beiträge setzen sich

mit der NPD in der Kommunalpolitik auseinander, einer mit Blick auf Sachsen, einer mit Blick auf Mecklenburg-Vorpommern. Julia Gerlach analysiert die Auswirkungen der Verbote neonazistischer Vereinigungen in den Neunzigerjahren auf die Entwicklung der NPD. Und Backes stellt das programmatische Profil dieser rechtsextremistischen Partei in den Mittelpunkt seines Aufsatzes.

Der Einzug in die Landtage in Dresden und Schwerin gelang auch aufgrund der günstigen Rahmenbedingungen in Ostdeutschland, der schwachen Verankerung der Demokratie, der schwierigen sozio-ökonomischen Lage mit hoher Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit insbesondere bei Jugendlichen. Darüber hinaus, betont Steglich, spielte die Neuausrichtung der NPD eine große Rolle: Die Partei erfuhr eine Professionalisierung, eine Verjüngung (weg vom Image eines „Altherrenclubs“), und sie veränderte ihre Wahlkampfstrategie. Sie griff die weitverbreitete Kritik an den Sozialstaatsreformen der Bundesregierung auf und erkannte das darin liegende Wählerpotenzial („Quittung für Hartz IV: Jetzt NPD“), während sie auf die sonst üblichen Wahlkampfthemen, etwa

Ausländerhetze, weitgehend verzichtete.

Trotz der NPD-Erfolge halten unter anderem Uwe Backes und Patrick Moreau eine Dramatisierung der Lage für unangebracht: So offenbart der europäische Vergleich, den der französische Politikwissenschaftler Moreau zieht, dass Rechtsextremisten in vielen Ländern mitunter deutlich über zehn Prozent der Wählerstimmen erreichen. Dagegen konnte bei Bundestagswahlen bisher noch nie eine rechtsextremistische Partei die Fünfprozenthürde überspringen. Es fehlen hierzulande charismatische Führungspersonalitäten wie Jean-Marie Le Pen, Umberto Bossi oder Jörg Haider. Backes zufolge steht vor allem die Nähe zum Nationalsozialismus einem Erstarren der NPD bis heute im Weg. Die Tatsache, dass der Rechts extremismus gesellschaftlich geächtet sei, wirke wie ein Bann.

Unterschiedliche Strategien

Das hat auch Auswirkungen auf sein strategisches Potenzial, wie Lazaros Miliopoulos ausführt. Der Verfasser stellt die verschiedenen strategischen Ansätze der NPD vor: vom „Kampf um die Straße“ über den „Kampf um die Köpfe“ und den

„Kampf um die Parlamente“ bis zum „Kampf um den organisierten Willen“, womit eine Volksfrontstrategie gemeint ist. Miliopoulos sieht zwar in der Hinwendung zum Antikapitalismus einen Erfolgsfaktor der Partei, macht insgesamt aber zu Recht gravierende Zielkonflikte zwischen den einzelnen strategischen Ansätzen aus. So widerspricht die ideologische Flexibilität, welche die populistische NPD bei Wahlen an den Tag legen muss, dem ideologischen Profil des revolutionären Neo-Nationalsozialismus. Gleichwohl könnte sich aufgrund der günstigen Rahmenbedingungen in den neuen Bundesländern die Präsenz der Partei verfestigen.

Zerrissene Partei

Die in der Öffentlichkeit viel diskutierte Frage, ob die NPD verboten werden sollte, taucht in einigen Beiträgen auf. Verbote, da besteht Konsens zwischen den Autoren, sollten allenfalls im Sinne einer *Ultima Ratio* ausgesprochen werden. Zwischen Demokratie und politischem Extremismus gleich welcher Couleur müsse es eine klare Abgrenzung geben, fordert Julia Gerlach, aber eine Ausgrenzung sei kein geeignetes Mittel: „Reflexhafte Exklusion von Extre-

misten hilft nicht weiter, Argumente sind vonnöten“, heißt es überzeugend. In der Tat: Die Gründe für die Wahl der Partei wären mit ihrem Verbot nicht verschwunden. Zudem sind die Mitglieder einer verbotenen Organisation vom Verfassungsschutz viel schwerer zu überwachen. Schließlich: Was wäre gewonnen, wenn die Mitglieder in den Untergrund gingen und militante Aktionen durchführten? Dass Verbotmaßnahmen kontraproduktiv wirken können, zeigt Gerlach am Beispiel der in den Neunzigerjahren ausgesprochenen Verbote gegen zahlreiche neonationalsozialistische Vereinigungen. Ein Effekt war, dass deren Mitglieder den Radikalisierungsprozess der NPD beförderten.

Für die Auseinandersetzung mit der NPD liefert das Buch insofern einen wichtigen Anknüpfungspunkt, als es ein im Grunde paradoxes Profil der Partei zeichnet – hier die Ideologie des Neonationalsozialismus, dort der Sozialpopulismus bei Wahlen –, das in der öffentlichen Debatte viel stärker thematisiert werden müsste. Die NPD stellt sich gerne als homogene, verschworene Ge-

meinschaft dar, ist tatsächlich aber in sich zerrissen.

Fragen zum Einstieg

Das Buch von Fabian Virchow und Christian Dornbusch stellt 88 Fragen zur NPD und liefert die Antworten gleich mit. Dabei geht es unter anderem um die Weltanschauung, die Strategie und das Auftreten der NPD. Eine gute Idee. So werden wichtige Fragen aufgeworfen: „Was unterscheidet die heutige NPD von der NPD der 1960er-Jahre?“ „Welches Geschichtsbild hat die NPD?“ „Wie ist das Verhältnis der NPD zur Gewalt?“ „Wie will die NPD die Arbeitslosigkeit beseitigen?“ „Droht ein Bündnis mit Islamisten?“ Und: „Welchen Stellenwert hat der kommunale Kontext?“ Die Antworten werden jeweils auf zwei bis drei Seiten präsentiert. Das reicht für einen Überblick, aber es genügt nicht, um tiefer in die Materie einzusteigen. Bei den Antworten überwiegt die inhaltliche Beschäftigung mit der „extremen Rechten“. Aber es gibt auch mit antifaschistischem Furor abgefasste Beiträge. Das Kapitel über das Führungspersonal der NPD lässt bisweilen die nötige Sachlichkeit vermissen.

„Ist Holger Apfel so harmlos, wie er aussieht?“, lautet eine Frage. Oder es ist vom „Dreigestirn“ der Kameradschaftsszene die Rede.

Da zahlreiche Autoren des Virchow/Dornbusch-Bandes der politischen Linken nahestehen beziehungsweise zugehören, nimmt es nicht wunder, dass die sozialistische Ausrichtung der NPD eher relativiert wird. Dabei sind der positive Bezug auf die DDR, der Antikapitalismus und die Globalisierungskritik der NPD – neben den typischen rechtsextremen Ideologiemerkmalen – schwerlich zu leugnen. Deshalb wäre es wünschenswert gewesen, die Frage zu beantworten, inwiefern (neben Unterschieden) Gemeinsamkeiten von NPD und der Partei „Die Linken“ existieren. Aber eine Antwort auf diese Frage sucht der Leser vergebens. Auch die Darstellung der Verbotsdebatte fällt wenig überzeugend aus. Die Sympathie für ein NPD-Verbot ist unverkennbar. Doch es bleibt dabei: An einer politischen, argumentativen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im Allgemeinen und der NPD im Besonderen führt kein Weg vorbei.